

Frankreich und Deutschland

Rede des Ministerpräsidenten Laval über Außenpolitik in der Kammer

Für Zusammenarbeit

SPD Paris, 26. November.

In der Kammer antwortete am Donnerstagnachmittag Ministerpräsident Laval auf die verschiedenen Interpellationen über die Außenpolitik. Das Haus und die Tribünen waren stark besetzt. In der ersten Reihe der Diplomatensitze sah man den deutschen Botschafter von Hoersch.

Laval begann seine Rede mit der Erklärung, daß die Regierung sich nie eine so große Verantwortung zu tragen gehabt hätte wie jetzt. Verschiedene Interpellationen hätten die Regierung zum Handeln aufgefordert. Es sei leicht, dieses zu verlangen, aber weniger leicht, die Worte in die Tat umzusetzen. Er habe der Kammer vor den Verhandlungen versprochen, die Unterchrift Frankreichs nicht ohne die Zustimmung des Parlaments zu engagieren. Dieses Versprechen habe er gehalten. In seiner ersten einstündigen Pariser Besprechung mit Brüning hätten Brüning und er ihre Standpunkte dargelegt. Sie hätten sich schätzen und achten gelernt und er, Laval, könne der Kammer nicht sagen, wie ergreifend diese Aussprache gewesen sei. Leider habe sich schon bei dieser Gelegenheit gezeigt und später in London bestätigt, daß es unmöglich sei, Deutschland eine sofortige Unterstützung zu gewähren. Allein Frankreich habe einen Plan gehabt. Es habe eine internationale Anleihe zugunsten Deutschlands vorgeschlagen, aber die Garantien der Regierung für die Anleihe hätten von gewissen Pfändern und gewissen politischen Maßnahmen seitens Deutschlands abhängig gemacht werden müssen, die sich als unburchführbar erwiesen hätten. Der Empfang in Berlin sei durchaus herzlich gewesen und habe keinen Mißton hinterlassen. Die Reise nach Washington habe man mit großen Hoffnungen erwartet. Es habe sich aber bei den Besprechungen mit Hoover nicht um eine Konferenz, sondern um eine Aussprache über eine aktivere Politik internationaler Zusammenarbeit gehandelt. Damit hätten Hoover und er nicht nur den Interessen Frankreichs und Amerikas, sondern denen der ganzen Welt gedient. Hoover und er hätten sich darüber verständigt, daß anstelle des außerordentlichen Hoover-Regimes in bezug auf die Reparationen wieder das normale System des Youngplanses treten solle.

Zu dem zweiten Teil seiner Ausführungen übergehend, bemerkte Laval zunächst, daß Frankreich seit dem Versailler Vertrag ständig große Opfer gebracht habe. In dem gefälligen Charakter der Reparationen müsse Frankreich aber fest halten. Deutschland habe sich auf dem Anleihewege Gelder beschafft, die es für verschwenderische Ausgaben und für den Ausbau seiner Industrie verwandt habe. Als diese Gelder aber fällig geworden seien, habe es sich zahlungsunfähig erklärt. Als Gläubiger Deutschlands habe Frankreich das Recht, streng zu sein. (Großer Beifall rechts und in der Mitte.) Ueberaus zahlreich seien die nationalsozialistischen Kundgebungen in Deutschland, an denen ein großer Teil der Wählerschaft teilnehme. Er erkenne zwar das Elend des deutschen Volkes in jeder Weise an, müsse aber die Frage stellen, was man in Deutschland sagen würde, wenn derartige Kundgebungen in Frankreich stattfänden. (Stürmischer Beifall rechts und im Zentrum.) Ohne die Würde des deutschen Volkes zu verletzen, habe er das Recht und die Pflicht, so zu sprechen. Die Vorbedingung für normale Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sei die vertrauliche und normale Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern.

Laval ging dann auf den deutschen Antrag betreffend die Einberufung des Sachverständigenausschusses ein. Er erklärte, Frankreich werde bei den kommenden Verhandlungen von Deutschland die Achtung der gegebenen Worte und Unterschriften verlangen. Die Haager Abkommen seien auf der Basis einer vollkommenen Gleichberechtigung abgeschlossen worden. Frankreich werde sich aber nicht weigern, die Bedingungen und Modalitäten für einen neuen Zahlungsplan während der Zeit der wirtschaftlichen Depression zu prüfen. Es liege im Interesse Frankreichs und aller anderen Staaten, daß Deutschland wieder zahlungsfähig werde. Auf eine Verringerung der Reparationen könne Frankreich nur eingehen, wenn eine gleich hohe Herabsetzung der Kriegsschulden erfolgt sei. Frankreich könne keine Priorität der kurzfristigen Kredite vor den Reparationszahlungen anerkennen. In dem Prinzip der ungezügelter Zahlungen des Youngplans könne Frankreich ebenfalls nicht rühen lassen. (Großer Beifall rechts und in der Mitte.)

Im Anschluß daran erklärte sich der Ministerpräsident bereit, auf alle Fragen zu antworten, die von den Fraktionseckern gestellt würden.

zwungen sei, derartige Artikel zu bringen. Resultat: Ein Jahr Festungshaft.

Daß das Reichsgericht auch anders kann, wenn es sich um Hochverräter von der anderen Seite handelt, das ergab sich aus dem Prozeß gegen den Nazi-Reichstagsabgeordneten Buch. Dieser war vom Landgericht I in München als Verantwortlicher des hiesigen Beobachters verurteilt worden. Es handelte sich um einen Aufsatz mit dem Titel: „Korrupte Novemberpolitik“. Ansonsten wird der Verantwortliche einer Zeitung verantwortlich gemacht, auch wenn er den inkriminierten Aufsatz gar nicht gelesen hat. Der zweite Straffenat des Reichsgerichts indes sprach den verantwortlichen Nazireakteur frei. Hier handelte es sich allerdings nicht um einen Kommunisten oder um einen Sozialdemokraten. Buch war einer von der ersten Garde der Partei, die demnächst Köpfe rollen lassen will.

Bei alledem erübrigt sich also der Alibibeweis des Reichsanwalts. Gegen Nationalsozialisten werden prinzipiell keine Hochverratsprozesse angestrengt. Der Reichsanwalt ist anscheinend besonders eng mit Herrn Hugenberg liiert. Die Leipziger Neuesten Nachrichten treten, wie das von dem Blatt, das den „Gipfel der politischen Charakterlosigkeit“ noch immer hält, nicht anders zu erwarten ist, selbstverständlich für die Hochverräter ein. „Der Tag“, das Hugenbergblatt in Berlin, hat bereits die Anweisungen ausgegeben, die demnächst, aller Wahrscheinlichkeit nach, von dem Reichsanwalt befolgt werden dürften. Das Endergebnis dieser Aktion wird wohl sein, daß wegen des hochverräterischen Unternehmens der hiesigen Reichstagsabgeordneten in Wäde wahrscheinlich Republikaner vor den Schranken des Reichsgerichts erscheinen müssen. „Der Tag“ betrachtet die Veröffentlichung des Dokuments als „Störung der Ordnung“ und gibt in seiner Nummer vom 27. November, ganz im Geiste der Leipziger Neuesten Nachrichten, folgende Anweisung heraus:

„Werden die Notverordnungen auch der Linken gegenüber mit dem Nachdruck angewandt, der notwendig ist angesichts der schweren innen- und außenpolitischen Schädigung, die ein derartig hemmungsloses Vorgehen der Linken nach sich ziehen kann?“

Das ist von ungefähr der Geist, der auch aus der Erklärung des Reichsanwalts zu ersehen ist. Warten wir ab, welche Ergebnisse die Aktion der hiesigen Abgeordneten haben werden. Am Ende ist vielleicht auch die Regierung Brüning noch da. Vorläufig erklärt die Germania, das Sprachrohr des Reichskanzlers, in einer Betrachtung des hochverräterischen Dokuments das folgende:

„Wenn man von nationalsozialistischer Seite sagt, daß es sich hier nur um eine Privatangelegenheit handele — was nach der gerichtlichen Klärung bedarf —, dann ist es ebenfalls eine Privatangelegenheit, die voll und ganz aus dem Geiste der nationalsozialistischen Organisation geschöpft ist und die uns deshalb ein sehr zuverlässiges Bild davon gibt, wie dieser Geist sich betätigen wird, wenn einmal die Schranken fallen sollten!“

Die gesamte Linkspresse wendet sich gegen die hochverräterischen Pläne der Nationalsozialisten. Nur von einer Seite erhalten die Nazis und der auf dem rechten Auge erblindete Oberreichsanwalt Dr. Werner Suckers, nämlich von der Partei der Sendewitz und Rosenfeld. Zwar bringt ihre Zeitung in der Nummer vom 27. November in Fettdruck eine Kundgebung der SPD gegen das Urteil im Weibbühnenprozess. In der nationalsozialistischen Aktion indes erklärt sie sich solidarisch mit dem Reichsanwalt, indem sie schreibt:

„In festamer Parallele dazu steht die große Aufmachung, mit der die preussische Regierung das phantastische Blutdokument heftiger Nationalsozialisten der saunendenen Mittelübergibt. Was ist das los? Ist das so unerhört neu, daß die Nazis die Absicht haben, mit blutiger Gewalt zu regieren, wenn es soweit ist, daß sie regieren können? Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in nationalsozialistischen Gehirnplänen wie dieses heftige Dokument reifen. Was aber bewegt Severing dazu, diese wirklich nicht neue Tatsache gerade jetzt so in Szene zu setzen, und gerade auf heftigem Boden? Glaubst du wirklich, daß die nationalsozialistische Parteileitung gerade in diesem Augenblick solche Dokumente fabrizieren läßt, wo sie unmittelbar an der Schwelle der Machtergreifung auf parlamentarischem Wege steht?“

Der Reichsanwalt ist nur auf dem rechten Auge blind. Kurt Rosenfeld ist blind auf beiden Augen, sobald die Sozialdemokraten in Frage kommen. Geht es um die Loserierungspolitik, dann mögen die Nazis auf die Barrisaden steigen. Zu der Blindheit der Sapisten stellt sich dann noch die Taubheit ein. Das ist die Sekte, von der der deutschen Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Faschismus das Heil und der Segen kommen soll.

Vernehmung Schäfers abgeschlossen

SPD Leipzig, 27. November.

Die Vernehmung des bisherigen Nationalsozialisten Dr. Schäfer, des Mannes, der die Bodenheimer Morbdeiten enthüllt hat, durch die Oberreichsanwaltschaft ist am Donnerstagsabend abgeschlossen worden. Schäfer erklärte u. a., daß sein Erscheinen beim Polizeipräsidenten in Frankfurt und auch beim preussischen Innenminister nicht den Zweck gehabt habe, ein Verfahren wegen eines hochverräterischen Unternehmens in Gang zu bringen. Vielmehr habe er nur darauf hinweisen wollen, daß in nationalsozialistischen Kreisen nach seiner Auffassung ganz unsinnige wirtschaftliche Ansichten und Anschauungen über die Maßnahmen vorhanden sind, die für den Fall, daß die Nationalsozialisten an die Macht kommen, zur Durchführung kommen sollten.

Am Donnerstag wurde die polizeiliche Aktion mit einer neuerlichen Durchsuchung des „Braunen Hauses“ in Darmstadt fortgesetzt. Ueber das Ergebnis ist bis zur Stunde noch nichts zu hören.

Dr. Best verschunden

DNB Berlin, 26. November.

Im Zusammenhang mit den Berichten über das Ergebnis der Hausdurchsuchungen bei den Führern der hiesigen Nationalsozialisten werden die Blätter, die in der Person Dr. Best seit gestern abend nicht mehr aufzufinden ist. Er sei in Urlaub gegangen, ohne sich von seinem Vorgesetzten zu verabschieden.

Nazi-Parlamentsdienst verboten

Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Grund der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen den „Nationalsozialistischen Parlamentsdienst“, das Mitteilungsblatt der Reichstagsfraktion der NSDAP, bis zum 21. Februar 1932 verboten. Das Verbot erfolgte wegen einer wiedergegebenen kleinen Anfrage des Abgeordneten Kube unter der Überschrift: „Noch immer Ausnahmebestimmungen gegen die NSDAP“. Diese kleine Anfrage stellte den Versuch einer terroristischen Zersetzungsaktion in der Beamtenschaft dar.

Das hochverräterische Dokument

Erklärung Dr. Bests

Die Gaugeschäftsstelle der NSDAP hat am Donnerstagsabend eine längere Erklärung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß der Verfassers Dr. Werner Best der Verfasser des putschlichen Bogheimer Dokuments ist und nach der Best am Donnerstagsnachmittag gegenüber der Gauleitung in Darmstadt eine formulierte Erklärung abgegeben hat, der wir folgendes entnehmen:

„Ich bin der Verfasser eines Entwurfs, dessen Einzelheiten in dem von dem preussischen Innenminister der Presse übergebenen „Material“ teils richtig, teils geändert wiedergegeben sind. Als um den 1. August d. J. allgemein ein kommunistischer Zustand erwartet wurde und von den Dienststellen der NSDAP keine Weisungen für diesen Fall gegeben wurden, entschloß ich mich ohne Auftrag und ohne Zustimmung mit dem Umkleewalter der Partei zur Ausarbeitung von Richtlinien für die einstige Lage, die ein selbständiges Handeln der nationalen Bewegung notwendig machen konnte für den Fall, daß die kommunistische Revolte über die Staatsgewalt siegen wird.“

Den Entwurf meiner Richtlinien übergab ich einigen Mitarbeitern, darunter dem jetzigen Denunzianten Schäfer. Offenbar, zur Rückäußerung über die rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten meiner Vorschläge. In diesem Stadium blieb die Bearbeitung der Angelegenheit auf sich beruhen, da die politische Entwicklung seit dem 1. August d. J. eine weitere Erörterung überflüssig machte. Keine Dienststelle der NSDAP, besonders auch weder der damalige Gauleiter Gemeinder noch die Reichsleitung, haben von meinem Entwurf mittelbar oder unmittelbar Kenntnis erhalten. Die Richtlinien sind auch nicht in einer „geheimen Sitzung“ auf dem Bogheimer Hof beschlossen worden.“ Ich habe vielmehr gelegentlich eines Zusammenkommens auf diesem Hof, das an sich anderen Zwecken galt, den von mir allein hergestellten Entwurf einigen (nicht allen) der Anwesenden zur Kenntnisnahme und Aushandlung übergeben.

Der jetzige Denunziant Schäfer, Offenbach, hat als damaliger Leiter des Gauwirtschaftsbeirats der NSDAP, Gau Hessen, meinen Entwurf mit mir öfters durchgesprochen, ohne den Bedingungen und deshalb durchaus legalen Charakter der von mir angeregten Erörterungen zu bezweifeln. Wenn Schäfer jetzt eine andere Darstellung der Vorgänge gibt, so will er sich durch die bewußt angestellte Denunziation dafür rächen, daß ich im Auftrage des Gauleiters von u. a. R. die Ermittlungen durchführte, die kurz vor der Landtagswahl ergaben, daß Schäfer durch Verschweigen seiner Bestrafung wegen Wechselfälchung usw. und durch falsche Angaben über seine Laufbahn und seine berufliche Stellung seine Kandidatur für den hiesigen Landtag bei der NSDAP erschwindelt hat.

Wenn ich noch darauf hinweise, daß Schäfer vor seiner im Frühjahr dieses Jahres erfolgten Verurteilung durch psychiatrische Gutachten als schwerkretinophil und als stark vermindert zurechnungsfähig festgestellt wurde, so dürfte die Öffentlichkeit nunmehr in der Lage sein, sich über die Bedeutung des vom preussischen Innenminister veröffentlichten Materials ein abschließendes Urteil zu bilden.“

Die Erklärung beweist, daß das veröffentlichte Dokument echt ist und alle gegenteiligen Behauptungen der faschistischen Meute nebst ihren Freunden den Tatsachen nicht entsprechen. Sie offenbart zweitens, daß der Verfasser des Blutdokuments auf die Brücke tritt, die der Oberreichsanwalt ihm und selbsteigentlich mit seiner Erklärung gebaut hat.

Ihr Blutrezept!

- Erstlichen —! = wer nicht brav pariert,
 - Erstlichen —! = wer ein Wort verliert,
 - Erstlichen —! = wer für Lohn und Brot,
 - Erstlichen —! = wer marxistenrot,
 - Erstlichen —! = wer für Freiheit steht,
 - Erstlichen —! = wer die Wahrheit spricht,
 - Erstlichen —! = wer Verdacht erregt,
 - Erstlichen —! = wer sich nur bewegt,
 - Erstlichen —! = wer zu denken wagt,
 - Erstlichen —! = wen der Hunger plagt,
 - Erstlichen —! = wer den Geldsack schmägt,
 - Erstlichen —! = wer noch aufrecht geht,
 - Erstlichen —! = grundlos, immerzu,
 - Erstlichen —! = bis zur Kirchhofstuh.
- Das soll, Prolet, präg es dir ein,
Des „Dritten Reiches“ Lösung sein —!
Kurt Raiser-Blüth.

Nazi-Blutrache gegen Schäfer

Die Wohnung des Ministerkandidaten überfallen

SPD Darmstadt, 26. November.

Die hiesigen Nationalsozialisten haben seit einer Woche gefürchtet, daß Enthüllungen über ihr illegales Treiben in die Öffentlichkeit gelangen würden. Vor etwa einer Woche ist der stillere Wirtschaftsreferent der nationalsozialistischen Gauleitung, Dr. Schäfer, aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetreten. Da er in alle Einzelheiten eingeweiht war, haben sie gefürchtet, daß von ihm Enthüllungen erfolgen könnten.

Sie haben deshalb die Wohnung Schäfers überfallen und durchsucht. Sie haben seinen alten Vater mißhandelt, aber nichts gefunden. Noch gestern haben sie versucht, Schäfer zu drohenderem: Die Gaugeschäftsstelle in Darmstadt hat eine Meldung herausgegeben, nach der Schäfer ausgeschieden sei, weil er „eine schwarze Vergangenheit“ habe. Diese Meldung war ein Ausfluß des bösen Gewissens.

Der Zeuge Schäfer ist durchaus ernst und glaubwürdig. Er gehört seit 1926 der NSDAP an. Er war einer der geschäftlichsten Funktionäre seiner Partei in Hessen, er stand in engster Wahl für die Nachfolge des Gauleiters. Es war beabsichtigt, ihn nach der Wahl zum Landtagspräsidenten zu machen. Für den Fall, daß eine Regierungskoalition in Hessen mit den Nationalsozialisten zustande kommen sollte, war Dr. Schäfer zum Minister bestimmt. Er ist 38 Jahre alt, hat Nationalökonomie studiert und hat als Wirtschaftsberater praktische Wirtschafts- und Verwaltungserfahrungen.

Dieser Mann ist selbstverständlich kein Spion. Er hat seinen Schritt folgendermaßen befundet: „Ich kann so etwas nicht mitmachen, das führt zu einem furchtbaren Blutbad, das dem deutschen Volke nicht hilft.“ Er ist bereit, mit seiner ganzen Person für seinen Schritt einzutreten, er will nicht im Hintergrund bleiben, sondern öffentlich bezeugen, was er alles gesehen und gehört hat.

Mein Name ist Hase

Die Reichsleitung weiß von nichts

SPD. Der Nazi-Abgeordnete Gochring hat dem Reichsminister des Innern im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Bogheimer Dokuments im Auftrage Hitlers folgende Erklärung übermittelt:

„Die Nachrichten über angebliche Hochverratshandlungen der Partei in Hessen sind der Parteileitung erst durch die Presse bekanntgeworden. Die Reichsleitung sowie die maßgebenden Parteikreise haben damit nicht das geringste zu tun. Die Reichsleitung steht nach wie vor auf ihrem oft genug zum Ausdruck gebrachten und bewohlenen Standpunkt strenger Legalität.“ Sie wird die Vorgänge in Hessen unteruchen und gegen jeden, der nicht die Weisung der Legalität befolgt hat, rückstuflos vorgehen und ihn aus der Partei ausschließen.“

Jetzt haben die Blutbesten von Bodenheim das Wort. Hat Hitler bzw. die Nazigauleitung in Hessen von ihrem Vorhaben gewußt oder nicht?

Wittmaack Kandidat für den Landtagspräsidenten

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat in ihrer heutigen Sitzung den Abgeordneten Wittmaack zum Präsidenten des Landtags als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Partels nominiert. Der Abgeordnete Wittmaack ist Stadtrat in Magdeburg und im Wahlkreis Magdeburg für die SPD, gewählt.

Landbündler bei den Nazis

Die Gauleitung der NSDAP Weimar teilt mit: Wie wir zuverlässig erfahren, hat der Direktor des Reichslandbundes von Sybel, am 26. November seinen Abschied von der NSDAP erklärt. Auch der Direktor des mecklenburgischen Landbundes, Dr. Wendhausen, M. d. R., und Landwirt Sieber, M. d. R., beide führende Mitglieder der Reichstagsfraktion der Landvolkpartei, sind zur NSDAP übergetreten.

Der preussische Minister des Innern, Severing, hat, wie die Blätter erfahren, gegen den früheren Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, August Winnig, ein disziplinäres Ermittlungsverfahren eingeleitet, weil Winnig einen Vortrag auf einem nationalsozialistischen Schulungskursus in München gehalten hat.